

Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren

Empfehlungen der EKKJ



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ

Impressum

Herausgeberin
Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ

Auskünfte
Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen
c/o Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20, CH-3003 Bern
Tel. +41 58 462 92 26
E-Mail: ekkj-cfej@bsv.admin.ch

www.ekkj.ch

Bern, Mai 2023

Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren

Empfehlungen der EKKJ

Unser Verständnis von Politik und politischem Handeln beeinflusst, ob wir die Jugend als politisch aktiv wahrnehmen. Die von der EKKJ in Auftrag gegebene und Ende 2022 publizierte Studie «Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren» geht von einem weit gefassten Verständnis von politischer Partizipation aus, das explizit auch nicht-institutionelle Beteiligungsformen und digitale Formate umfasst. Diese stehen allen Jugendlichen offen, auch jenen ohne Stimm- und Wahlrecht. Dazu gehören Klassenräte und Jugendparlamente, partizipative Projekte zum Bau eines Velowegs, ein Kulturfestival zum Thema Rassismus oder ein Austausch mit Personen aus der lokalen Politik, aber auch Meinungsbildung im Freundeskreis, bewusster Konsum, Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen. Die politische Partizipation von jungen Menschen ist entsprechend vielseitig.

Die Motivation sich politisch zu beteiligen ist abhängig vom Thema, von persönlichem Interesse und der Betroffenheit. Oft reicht ein «Moment des Anstosses», die Ermutigung durch eine Bezugsperson, als Motivation für ein erstes Engagement. Strukturelle Faktoren wie die Sprache, der sozioökonomische Status und der Bildungsstand der Eltern, aber auch persönliche, wie sich rasch ändernde Lebensumstände oder die Angst vor Mobbing, erweisen sich als Einflussfaktoren.

Die in der Studie befragten jungen Menschen zwischen 12 und 27 Jahren wünschen sich eine stärkere politische Bildung, die nicht nur Wissen, sondern auch Kompetenzen vermitteln soll, die für eine aktive politische Rolle aus ihrer Sicht nötig sind. Für das Üben dieser Kompetenzen brauchen sie sichere Lernräume und Mitwirkungsmöglichkeiten, in denen (Noch-)Nicht-Wissen und Meinungsvielfalt auch von Autoritätspersonen wie Lehrerinnen und Lehrern akzeptiert werden und in denen sie Erfahrungen sammeln können. Das fördert die Selbstwirksamkeit und damit die Motivation, sich weiter zu beteiligen.

Die EKKJ erachtet es auch als wichtig und entscheidend, bei den Jugendlichen das Interesse für politische Themen und Strukturen zu wecken. Sie teilt zudem die Auffassung der Forschenden, dass es Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist, zum einen das bestehende, vielfältige politische Handeln der Jugendlichen als solches anzuerkennen, und zum anderen den jungen Menschen auch alltagsnahe Möglichkeiten zur Partizipation zu bieten, die zu ihrer Lebenswelt passen.

Basierend auf den Ergebnissen der Studie hat die Kommission die folgenden Empfehlungen erarbeitet, wie die politische Partizipation junger Menschen gefördert und gestärkt werden kann.

Link zum Bericht unter www.ekkj.ch:



Was wir empfehlen?

Junge Menschen müssen in ihrer Lebenswelt, also dort, wo sie sich aufhalten, Möglichkeiten für Mitwirkung bekommen. Und sie müssen sehen, was mit ihren Inputs passiert. Mitwirkungsmöglichkeiten stärken die Selbstwirksamkeit. Es ist deshalb wichtig, politische Partizipation von jungen Menschen anzuerkennen, wertzuschätzen und geeignete Räume für die Partizipation zu schaffen.

1. Politisches Interesse wecken

- **Zusammenhänge zeigen:** Damit Politik für junge Menschen verständlicher wird, muss veranschaulicht werden, was Politik mit ihrem Leben zu tun hat. Dies kann geschehen, indem konkret aufgezeigt wird, welche Zusammenhänge zwischen politischen Themen (z.B. Klima oder Armut) und dem Leben von jungen Menschen bestehen. Am besten gelingt dies anhand alltagsnaher Beispiele (z.B. Diskussionen über bewussten Konsum).
- **Über Partizipationsmöglichkeiten informieren:** Unterschriften sammeln, Jugendparlamente, Jugendmotion oder Petitionsrecht, die Ermöglichung und Unterstützung von Diskussionen unter Gleichaltrigen (z.B. im Rahmen von Debattier- und Diskussionsforen, Thementalks) oder die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement können das Interesse an Politik der jungen Menschen anregen. Junge Menschen müssen über diese Möglichkeiten informiert werden.
- **Motivierende Rahmenbedingungen schaffen:** Die Verleihung von demokratischen Mitbestimmungsrechten, d.h. die Ausweitung des Stimm- und Wahlrechts auf weitere Bevölkerungsgruppen oder die Einführung eines Mitwirkungsartikels auf kommunaler oder kantonaler Ebene hat Symbolcharakter und zeigt den Betroffenen, dass sie als vollwertige Mitglieder der Demokratie anerkannt werden.

2. Wissen vermitteln und Kompetenzen in einem sicheren Kontext üben

- **Politische Bildung vermitteln:** Politische Bildung beinhaltet die Vermittlung von Wissen über Politik genauso wie die Vermittlung von Kompetenzen, die es braucht, um politisch zu partizipieren. Junge Menschen brauchen Orte, an denen sie politische Partizipation lernen und üben können.
- **Soziale Kompetenzen erlernen:** Der Respekt anderer Meinungen, Umgang mit Kritik, die Fähigkeit und Bereitschaft, kompromissorientiert zu diskutieren aber auch Einfühlungsvermögen sind wichtige zu fördernden Kompetenzen. Junge Menschen müssen lernen, sich in einer Gesellschaft demokratisch einzubringen.
- **Medienkompetenzen aufbauen:** Kritisches Denken, Umgang mit unterschiedlichen Quellen, das Erkennen von Falschinformationen genauso wie das Wissen um die Dynamik von Social-Media-Blasen sind grundlegende Kompetenzen, um sich in der medialen Welt zurechtzufinden. Dazu gehört auch die Fähigkeit, aktiv Inhalte über digitale Kanäle zu kommunizieren.

3. Echte Partizipationsmöglichkeiten schaffen

- **Beteiligung ab früher Kindheit fördern:** Die Beteiligung von jungen Menschen in allen Themenbereichen und Entscheiden, die sie betreffen, schafft Lernräume für politische Partizipation. Mit altersgerechten Methoden können bereits ab der frühen Kindheit Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, in denen Kompetenzen gelernt werden.
- **Ergebnisse sichtbar machen:** Ergebnisse von partizipativen Projekten (z.B. aus Mitwirkungsprojekten im öffentlichen Raum) aber auch von Entscheidungen in alltäglichen Situationen (z.B. bei der gemeinsamen Planung von Freizeitaktivitäten) müssen sichtbar gemacht werden. Dies wirkt sich positiv auf die Selbstwirksamkeit der Beteiligten aus und fördert das Engagement.
- **Stimmrecht erweitern:** Eine Stimme, die im Abstimmungsprozess gleichwertig zählt wie alle anderen, wirkt sich positiv auf die Motivation junger Menschen aus, sich zu informieren und engagieren. Das Stimmrechtsalter soll erweitert und auf 16 Jahre herabgesetzt werden.

Wo? (in welchen Gefässen und Lernräumen)

Das Bildungsniveau und die Interessen der Eltern haben einen grossen Einfluss darauf, ob im Elternhaus das politische Interesse von jungen Menschen geweckt wird. Um die politische Partizipation von Kindern unabhängig dieser ungleichen Voraussetzungen zu fördern, braucht es auch ausserhalb der Familie genügend Möglichkeiten Kompetenzen und Wissen für politisches Engagement zu erwerben.

1. In der Schule (formelle Bildung)

- **Politische Bildung in den Lehrplänen stärken:** Das Wissen über die Strukturen und Prozesse der Politik, die politische Kompetenzen sowie das politische Interesse sind ausschlaggebend für politische Partizipation. In der Schule können die meisten jungen Menschen mit politischer Bildung bereits früh und einheitlich erreicht werden.

- **Lehrpersonen in Politischer Bildung ausbilden und befähigen:** Das Lehren von politischem Wissen und die Vermittlung von politischen Kompetenzen stärkt die Fähigkeit junger Menschen sich politisch zu engagieren. Damit Lehrpersonen dies tun können, muss politische Bildung ein wesentlicher Bestandteil ihrer Aus- und Weiterbildung sein. Ein klares Commitment zum Beutelsbacher Konsens stärkt dabei die Rolle der Lehrpersonen.

- **Lebensraum Schule partizipativ gestalten:** Auch ausserhalb des Unterrichts kann die Schule Raum für Mitwirkung bieten. Klassenräte, Schüler/-innenparlamente, das gemeinsame, aktive Pflegen einer partizipativen Schulkultur ermöglichen wichtige Selbstwirksamkeitserfahrungen.

2. In ausserschulische Aktivitäten und Strukturen (non-formale und informelle Bildung)

- **Ausserschulische Mitwirkungsangebote schaffen:** Junge Menschen müssen auch ausserhalb der Schule politisches Engagement lernen und erleben können, in dem in Jugendtreffs Diskussionen stattfinden, im Sportverein Mitwirkung gefordert wird oder sie in Kontakt mit politischen Themen kommen. Diese Angebote sollen bewusst geschaffen werden.

- **Anlässe nutzen:** An Jugendkulturfestivals oder anderen Jugendanlässen können politische Themen niederschwellig an junge Menschen getragen werden. Dadurch erfahren sie, was diese Themen (z.B. Rassismus oder Sexismus) mit ihrem eigenen Leben zu tun haben. Zudem ermöglichen diese Anlässe ein zeitlich beschränktes und flexibles Engagement.

- **Institutionelle Gefässe fördern:** Jugendparlamente und -räte, der Austausch zwischen jungen Menschen und Menschen in der Politik und/oder in der öffentlichen Verwaltung oder die Mitwirkung in Planungsprozessen der Gemeinde ermöglichen jungen Menschen ihre Meinungen einzubringen. Dazu können neue Gefässe geschaffen oder bestehende für die aktive Partizipation von jungen Menschen genutzt werden.

Wie? (unter welchen Bedingungen)

Die politische Partizipation von jungen Menschen ist vielseitig (z.B. bewusster Konsum), flexibel (z.B. digitale Beteiligungsformate), interessensgeleitet (z.B. Klima), themenorientiert und betroffenheitsgesteuert (z.B. Schulthemen) und sollte als solche anerkannt und wertgeschätzt werden. Dies wirkt sich motivierend auf ihr Engagement aus.

1. Lebenswelten der jungen Menschen beachten und Zugänge erleichtern

- **Angebote zeitlich beschränkt und niederschwellig gestalten:** Junge Menschen sind durch die Ausbildung und Schule zeitlich stark beansprucht und haben wenige freie Zeitressourcen. Angebote für politische Partizipation müssen Rücksicht darauf nehmen und dann stattfinden, wenn junge Menschen (z.B. Auszubildende in Lehrberufen) Zeit haben und/oder zeitlich beschränkt sein.
- **Digitale Partizipationsformen stärken:** Digitale Formate erleichtern für einige Menschen (z.B. solche mit sozialen Phobien oder solche, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind) den Zugang zu politischen Partizipationsangeboten. Es ist wichtig, dass alle junge Menschen Gelegenheiten für politisches Engagement erhalten.
- **Einfache und verständliche Sprache anwenden:** Lerninhalte, Abstimmungsunterlagen, Informationen zu Politik etc. müssen in einfacher und altersgerechter Sprache verfasst sein. Die Art und Weise der Vermittlung soll vielfältig und abwechslungsreich sein. Die Verwendung einfacher Sprache erlaubt es, die Inhalte und Themen der Politik für eine grössere Zielgruppe verständlich zu machen.

2. Ernsthafte und wirkungsvolle Partizipation in allen Themenbereichen, die junge Menschen betreffen, ermöglichen

- **Verbindliche Strukturen schaffen:** Die Mitsprache, die Mitwirkung, das Mitentscheiden von jungen Menschen muss auf klaren Bekenntnissen der verantwortlichen Personen, diese Meinungen in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, basieren. Dazu müssen sie Strukturen und verbindliche Abläufe umsetzen, z.B. in Raumplanungsprozessen in den Gemeinden oder in kinder- und jugendpolitischen Leitzielen von Gemeinden und Kantonen.
- **Bedarfs- und interessenorientierte Partizipation fördern:** Junge Menschen sind als Mitglieder der Gesellschaft per se betroffen von (politischen) Entscheidungen. Der systematische Einbezug von jungen Menschen in allen Themenbereichen fördert ihr Engagement und ihre Fähigkeiten, sich als Mitglieder der Gesellschaft einzubringen.
- **Klaren Rahmen definieren:** Partizipation braucht einen klaren Rahmen, genügend Zeit und die Absicht, die Anliegen der beteiligten (jungen) Menschen in der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Ein klarer Rahmen hält fest, welche Mitwirkungsmöglichkeiten bestehen, und zu welchem Grad die Einflussnahme möglich ist.

Und ausserdem:

Partizipative Forschungsmethoden nutzen

Die Studie hat während des gesamten Erhebungsprozesses die jungen Menschen mittels verschiedener Methoden partizipativ einbezogen. Dadurch konnte auf Anliegen und Themen reagiert werden, die von ihnen selbst eingebracht wurden. Die jungen Menschen waren so nicht nur «beforschte Objekte». Sie erhielten Definitionsmacht und konnten ihre Perspektiven aktiv einbringen. Dies hat neue Einsichten ermöglicht insbesondere zu den Themen, die aus Sicht der jungen Menschen wichtig sind.

- In Forschungen, die Meinungen und Anliegen von jungen Menschen untersuchen wollen, lohnt es sich, partizipative Forschungsmethoden zu nutzen.

WAS

Politisches Interesse wecken

- Zusammenhänge zeigen
- Über Partizipationsmöglichkeiten informieren
- Motivierende Rahmenbedingungen schaffen

WO

In der Schule (formelle Bildung)

- Politische Bildung in den Lehrplänen stärken
- Lehrpersonen in Politischer Bildung ausbilden und befähigen
- Lebensraum Schule partizipativ gestalten

Wissen vermitteln und Kompetenzen in einem sicheren Kontext üben

- Politische Bildung vermitteln
- Soziale Kompetenzen erlernen
- Medienkompetenzen aufbauen

Echte Partizipationsmöglichkeiten schaffen

- Beteiligung ab früher Kindheit fördern
- Ergebnisse sichtbar machen
- Stimmrecht erweitern

WIE

Lebenswelten der jungen Menschen beachten und Zugänge erleichtern

- Angebote zeitlich beschränkt und niedrigschwellig gestalten
- Digitale Partizipationsformen stärken
- Einfache und verständliche Sprache anwenden

In außerschulischen Aktivitäten und Strukturen (non-formale und informelle Bildung)

- Außerschulische Mitwirkungsangebote schaffen
- Anlässe nutzen
- Institutionelle Gefässe fördern

Ernsthafte und wirkungsvolle Partizipation ermöglichen

- Verbindliche Strukturen schaffen
- Bedarfs- und interessenorientierte Partizipation fördern
- Klaren Rahmen definieren

Und ausserdem: Partizipative Forschungsmethoden nutzen

Die EKKJ fordert, dass Politik und Gesellschaft **das bestehende, vielfältige politische Handeln der Jugendlichen** als solches **anerkennen** und jungen Menschen **alltagsnahe Möglichkeiten** zur Partizipation bieten.

